



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

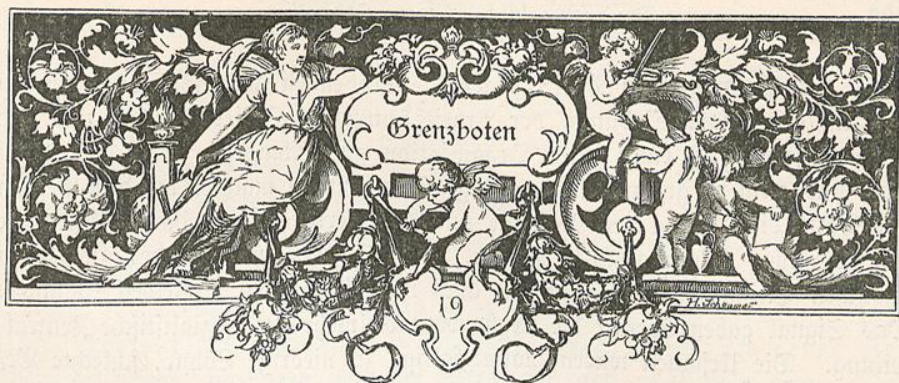
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

\*: Die wirtschaftliche Rettung Süditaliens

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die wirtschaftliche Rettung Süditaliens



Seitdem der königstreue Demokrat Giuseppe Zanardelli die Leitung des italienischen Gesamtministeriums übernommen hat, und Guido Baccelli das Ackerbauministerium, ist die soziale Reformbewegung lebhafter in Gang gekommen. Die Thronrede hat die Herabsetzung der überaus drückenden Salzsteuer verheißen, dem Parlament ist ein Gesetzentwurf über die Frauen- und Kinderarbeit, ein anderer über die Einsetzung von „Vertrauensmännern“ (probiviri) für die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Grundbesitzern, Pächtern und Landarbeitern zugegangen, und der Abgeordnete Maggioreino Ferraris, der frühere Direktor im Verkehrsministerium (1883), hat einen dritten über eine gründliche Reform der Agrarverhältnisse eingereicht, deren unbedingte Notwendigkeit von keiner Seite verkannt werden kann und verkannt wird. Denn eine neue dringende Mahnung dazu liegt vor allem in der großen Ausstandsbewegung, die in diesem Frühjahr wieder durch einen bedeutenden Teil Oberitaliens gegangen ist. Seitdem dort von der Provinz Mantua aus die von den Sozialisten organisierten Leghe di miglioramento und di resistenza für die Verbesserung in der Lage der ländlichen Arbeiterbevölkerung immer weiter um sich gegriffen haben, steht diese den Besitzern und Großpächtern in großen, geschlossenen, straff disziplinierten Organisationen gegenüber. (Vgl. Grenzboten 1901, 2. Quartal, S. 382 f.) Im November 1901 versammelte sich auf oberitalienischem Boden, in Bologna, der erste italienische Bauernkongreß. Acht- bis neunhundert Abgeordnete, darunter etwa hundert Frauen, vertraten dabei über 800 Bauernvereine aus dem ganzen Lande mit 160 000 Mitgliedern und verhandelten über die Einrichtung eines gemeinsamen statistischen Amtes, die Einführung von Schiedsgerichten und die Notwendigkeit einer Agrarreform, nüchtern und besonnen, ohne sich in sozialdemokratische Utopien einzulassen. Dem gegenüber sammelten sich aber auch die Besitzenden, wenigstens in dem von den Ideen des Sozialismus besonders durchdrungenen Poetieflande. Etwa 700 von ihnen traten zu Anfang Februar 1902 zu einem „agrarischen Kongreß“ in Verona zusammen, Männer aus den Gebieten von Verona, Mantua, Modena, Padua, Forli, Ravenna, Rovigo, dem Polesine (der Landschaft links vom untersten

Teile des Poлаufs), um Mittel gegen die drohenden Arbeitseinstellungen zu beraten (gemeinsame Ordnung der Arbeitskontrakte, Schiedsgerichte) und sich ihnen gegenüber in einer festen Organisation zu verbinden. Aber der Streik kam, und zwar in größter Ausdehnung. Den Anfang machten mit dem Beginn des März die Bauern des Polesine und des Ferraresischen, dann folgten die um Mantua, Modena und Padua, um Vercelli und in der Lomellina (zwischen Ticino und Sesia), wenn auch nicht überall in demselben Umfange. Das Signal gaben überall die Leghe oder vielmehr ihre sozialistische Zentralleitung. Die Ursachen waren mannigfaltig: zu niedrige Löhne, schlechte Bezahlung der Überstunden oder besonders mühsamer Arbeiten, nicht pünktliche Erfüllung der Arbeitsverträge u. a. m. Aber auch da, wo die Leute weder über die Behandlung noch über die Löhne, die schon vorher vielfach erhöht worden waren, zu klagen hatten und in dauernden Verhältnissen zu der Grundherrschaft standen, gehorchten sie blind der ausgegebenen Losung. Sie blieben dabei ganz ruhig, erregten weder Aufläufe noch auch nur Geschrei, verweigerten eben nur die Arbeit, sogar die Fütterung des Viehs, und erklärten auf Befragen oft, der König habe den Ausstand befohlen, ein merkwürdiges, unbewußtes Zeugnis dafür, daß diese armen, unwissenden Leute ihre Hoffnung auf die Monarchie setzten, nicht auf das von Oliguen beherrschte Parlament und nicht auf die rote Republik. Nur die Arbeitswilligen wurden durch stille Drohungen möglichst zum Anschluß gezwungen. In den ihnen von ihren Leitern vorgeschriebenen allgemeinen Forderungen waren sie ganz einig; sie verlangten Land für die landlosen Tagelöhner, eine höchst charakteristische Bedingung, deren Bewilligung übrigens Landarbeiter in Mentana bei Rom auf den dortigen Besitzungen der Neapolitanischen Bank schon durchgesetzt haben, Mitwirkung der Leghe beim Abschluß der Arbeitsverträge und Einrichtung von Arbeitsvermittlungsbüroern. Währenddem fand um Mitte März ein großer Kongreß der Leghe in Verona statt, der neue Lohnsätze vom 1. April ab aufstellte und bei ihrer Verweigerung den allgemeinen Streik androhte. Die Grundbesitzer und die Großpächter gerieten durch das alles begreiflicherweise in arge Verlegenheit. Die große Società bonifica im Polesine, die eine Fläche von 15000 Hektaren entwässert und in fruchtbares Marschland verwandelt hat, mußte die Ernte, da sie die Entwässerungsvorrichtungen nach schweren Regengüssen aus Mangel an Arbeitern nicht rechtzeitig in Thätigkeit setzen konnte, zur Hälfte verloren geben, und zahlreiche kleinere Besitzer wurden einfach ruiniert. Sie suchten sich deshalb durch Heranziehung auswärtiger Arbeiter aus andern Teilen Italiens zu helfen und schlossen sich untereinander fest zusammen. Denn die Regierung blieb in diesem merkwürdigen Lohnkampfe völlig neutral und begnügte sich damit, durch starke Polizei- und Truppenaufgebote die Arbeitswilligen zu schützen, die Ordnung zu erhalten und durch die königlichen und städtischen Behörden so gut es ging zu vermitteln. Ein Gemisch von Zugeständnissen, Drohungen und Aussperrungen (denn die Leghe konnten aus Mangel an Mitteln und bei dem Überfluß an Arbeitskräften nicht lange aushalten) dämpfte endlich die Bewegung, aber im ganzen ist der Sieg unzweifelhaft den Ausständigen ge-

blieben, die meist wesentliche Verbesserungen ihrer Lage durchgesetzt haben. Ob das nun freilich so ohne weiteres ein dauernder Vorteil für sie ist, wird stark bezweifelt. Man fürchtet namentlich vielfach, daß die Besitzer, um die teurer gewordenen Arbeitskräfte zu sparen, in noch größerem Umfange als bisher zur Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen übergehen und den Körnerbau mit der Anlage von Kunstwiesen vertauschen, also die Aufzucht von Schlachtvieh steigern werden. Dann würden zwar die jetzt beschäftigten Arbeiter einen Gewinn erreicht haben, aber die Zahl der erforderlichen menschlichen Arbeitskräfte abnehmen, also die Verlegenheit, Beschäftigung und Verdienst zu finden, zunehmen, und der Kleinbesitz rasch zu Grunde gehn. (Das Vorstehende besonders nach den sorgfältigen Berichten des Mailänder Corriere della Sera und den Stimmen in der Nuova Antologia vom 16. April, S. 759 ff.)

Unter solchen Umständen thut Eile in der sozialpolitischen Gesetzgebung wahrlich not. Am bedrängtesten aber ist die Lage des Südens, des ehemaligen Königreichs Neapel. Sie steht heute im Vordergrund der Diskussion, denn die wirtschaftlichen Zustände sind dort seit 1860 in vieler Hinsicht kaum besser geworden. „Der Norden macht Fortschritte, der Süden verarmt,“ so kennzeichnet man heute die Lage. Schon Graf Cavour hatte den Süden von Anfang an ganz besonders ins Auge gefaßt. Lange bevor er Minister wurde, sah er weit vorausschauend aus dem Bau eines Eisenbahnnetzes eine große Zukunft gerade für den Süden erblicken, da er das Durchgangsland für den Verkehr mit dem Orient sein werde, was er wirklich geworden ist; er hielt daneben die Steigerung der Produktion und die Begründung einer Industrie für dringend nötig und beschäftigte sich noch auf dem Sterbebett mit dem herrlichen Lande, das der Unverstand der Menschen so unglücklich gemacht hatte. „Unsre armen Neapolitaner, sagte er u. a., es giebt dort Leute, die viel Talent haben, es giebt andre, die ganz korrumpiert sind . . . die muß man waschen. . . Sie verlangen von mir Ämter, Kreuze und Beförderung; sie müssen arbeiten, sie müssen anständig sein, und ich werde ihnen Kreuze, Beförderung und Dekorationen geben . . . Kein Belagerungszustand . . . mit dem Belagerungszustand kann jeder regieren, ich werde sie mit der Freiheit regieren, und ich werde zeigen, was zehn Jahre Freiheit aus diesen schönen Ländern machen können. In zwanzig Jahren werden es die reichsten Provinzen Italiens sein.“ (E. Artom, Il conte di Cavour e la questione napoletana in der Nuova Antologia vom 1. November 1901.) Die hoffnungsvolle Prophezeiung ging nicht in Erfüllung, der große Staatsmann starb darüber am 6. Juni 1861, und das neue Italien erlag nur zu bald dem Fluche des Parlamentarismus, der Cliquenwirtschaft und der Korruption, die Cavour selbst noch zu bemeistern wußte. Wie es damals in Neapel aussah, das hat einer seiner besten Helfer, Costantino Nigra, den er zu Anfang des Jahres 1861 dem damaligen Generalstatthalter, dem Prinzen von Savoyen-Carignan beigegeben hatte, in einem ausführlichen Bericht vom 20. Mai desselben Jahres (mitgeteilt in der Nuova Antologia vom 16. Januar 1902: Napoli nel 1861) seinem Chef in klassischer Kürze

folgendermaßen geschildert: „Die wenigen ehrenvollen Ausnahmen beiseite, kann man mit vollem Recht sagen, daß jeder Zweig der öffentlichen Verwaltung von der greulichsten Korruption angesteckt ist. Die Kriminaljustiz diente der Rache des Fürsten, die Zivilgerichtsbarkeit war weniger korrumpiert, aber wurde auch von der Willkür der Regierung gehemmt. Es gab keine Freiheit weder für Privatleute noch für Gemeinden. Die Gefängnisse und die Galeeren waren angefüllt mit den ehrenwertesten Bürgern, die mit den gemeinsten Verbrechern zusammengesperrt wurden. Zahllos waren die Verbannten. Die Ämter wurden nach Gunst oder um Geld verliehen, die Beamten waren zehnmal zahlreicher, als es das Bedürfnis forderte; die höhern Ämter reichlich bezahlt, die andern ganz ungenügend. . . Zu den Regierungsämtern wurden kaum geborne Knaben in Menge zugelassen, sodaß die Jahre des Dienstalters von der frühesten Kindheit an datierten. Einen Elementarunterricht gab es nicht, der mittlere war ungenügend, die Universitätsbildung noch viel schlechter, mehr noch die weibliche Erziehung vernachlässigt, darum herrscht die ärgste Unwissenheit in allen Volksschichten. Gering sind die Verkehrsmittel, weder die Straßen noch Leben noch Eigentum der Bürger sicher, vernachlässigt die Provinzen. Trotz der unermesslichen Hilfsquellen des reichen Landes ist der Handel gering. Höchst dürftig ist die Industrie, darum verbinden sich mit der Unwissenheit Elend und Hunger. . . Die Wohlthätigkeitsanstalten, reich dotiert, werden doch von einer unermesslichen Schar von Beamten, Verwaltern, Advokaten ausgeplündert, und ihre Einkünfte gehen in der Regel zu drei Vierteln für die Verwaltung drauf, und nur ein Viertel kommt dem Zwecke der Stiftung zu gute. In den Gefängnissen, im Heere, in der Verwaltung, in allen öffentlichen Stellen herrscht im weitesten Maße die Camorra, das Brigantaggio in den Provinzen, das Räuberwesen überall. Die Polizei war erbärmlich, anmaßend, böswillig, Herrin über Freiheit und Ruf der Bürger. Die öffentlichen Arbeiten wurden beschloffen und bezahlt, aber nicht ausgeführt. . . Der Klerus, zahllos und unwissend, abgesehen von einigen seltenen Ausnahmen in der Diözese von Neapel, war ohne Würde und ohne Bewußtsein des eignen Berufs. Im Volke herrschte der rothste Aberglaube. Die Bettelei wurde in verschiedenen Formen von allen Klassen der Bevölkerung ausgeübt, die Höchsten nicht ausgeschloffen. . .“

Seitdem ist unzweifelhaft vieles sehr viel besser geworden. Kaum war die neue Regierung eingerichtet, so begann sie den Weiterbau der neapolitanischen Eisenbahnen, die sich 1860 auf die obendrein in ganz veralteter Weise ausgeführten kurzen Linien Neapel—Castellammare—Vietri und Neapel—Capua beschränkten. Die Linie nach Rom wurde sofort in Angriff genommen, die schwierige Gebirgsbahn über Salerno und Eboli nach Apulien und die Küstenbahn nach Calabrien projektiert, und längst ist der Jugendtraum Cavour's in Erfüllung gegangen. Aber der Bau eines umfassenden Eisenbahn- und Straßennetzes, die energische Herstellung der öffentlichen Sicherheit, die gründliche Reform des Unterrichtswesens und das Aufschließen einer rührigen Presse, das alles hat nicht genügt, den wirtschaftlichen Zustand des Landes auf die Stufe zu

bringen, die in der nördlichen Hälfte Italiens längst erreicht ist. Es fragt sich, worin die Gründe liegen.

Die Verteilung des Grund und Bodens ist auch im Süden sehr verschieden. Neben den Latifundien auf Sizilien und in Calabrien und den ausgedehnten Weidegründen der apulischen Steppe, die, wie in der römischen Campagna, wenigen großen Besitzern gehören und durch die Wandrungen der Schafherden in die kühleren Gebirge während des heißen Sommers auch in deren Wirtschaftsbetrieb tief eingreifen, ist der Boden oft sehr geteilt oder an Halbpächter (*mezzadri*) ausgethan. Aber auch hier herrscht eine ganz veraltete, extensive Betriebsweise. Mit wenig Ausnahmen nämlich wird das Land noch nach der Dreifelderwirtschaft bestellt mit dem römischen Pfluge, der den Boden nur an der Oberfläche aufreißt, und die Ernte mit der Sichel geschnitten. Maschinen fehlen, es giebt keine Wiesen, und der Anbau von Futterkräutern ist sehr beschränkt. Infolgedessen bleibt der Ertrag über die Hälfte hinter dem zurück, was bei besserer Wirtschaft produziert werden könnte, und auch die Qualität läßt zu wünschen übrig. Deshalb wächst die Einfuhr fremden Getreides alljährlich, sie betrug 1895/1901 durchschnittlich 7 Millionen Quintal (Zentner) im Werte von 147 Millionen Lire, stellt also einen schweren Tribut an das Ausland dar, den sich Italien mit Leichtigkeit ersparen könnte. Eine Ausnahme im Betrieb machen die gartenähnlichen Kulturen in Campanien sowie der Agrumen- und Weinbau, der bis zur Überproduktion gepflegt wird. Die Lage hat sich seit 1860 noch wesentlich verschlechtert durch die unverständige Entwaldung, gegen die der Staat gesetzlich ohnmächtig ist, und die das Wegspülen des Humus an fruchtbaren Abhängen und die Verschotterung der Thäler durch das Geröll der austretenden Gebirgsflüsse begünstigt; der überstürzte Verkauf der eingezogenen Kirchengüter hat nur die Latifundien, nicht den bäuerlichen Besitz vermehrt, und die Erleichterung der Aufhebung alter Zins- und Pachtverhältnisse, die vielen kleinen Leuten Gelegenheit gaben, ein Stück Land, wenn nicht zu erwerben, so doch gegen Leistungen an den Besitzer anzubauen, hat diese Quelle der Bodenverteilung verstopft. Dazu kommt der schwere Steuerdruck, der allein an direkten Abgaben für Staat und Gemeinde durchschnittlich 30 Prozent des Rohertrags in Anspruch nimmt, und der hohe Zinsfuß von 10 bis 15 Prozent. Schändlicher Wucher treibt ihn oft noch viel höher; und sind die Steuer rückstände längere Zeit nicht bezahlt worden, dann wird das Gütchen zwangsweise versteigert, und die Familie auf die Straße geworfen. So kamen z. B. im Jahre 1895 auf je 100000 Einwohner in Oberitalien nur 13 Zwangsversteigerungen, in Süditalien aber 71, auf Sizilien 109, auf Sardinien gar 536. Dann bleibt den Leuten nur die Auswanderung, denn eine Industrie, die sie aufnehmen könnte, existiert nicht. So schwindet der Kleinbesitz immer mehr zusammen, und die Latifundien gewinnen noch an Ausdehnung.

Kein Wunder, daß heute im Süden Italiens eine weit und tiefgreifende Gärung herrscht. Das Mißtrauen gegen das parlamentarische Regiment und die fortwährende Einmischung der Parteipolitik in die Verwaltung ist so

hoch gestiegen, daß man meinen sollte, ein energisches und klares Eingreifen der Krone, das mit all diesem heillosen Unfug kräftig aufräumte und der ebenso verderblichen wie lächerlichen Abhängigkeit des Ministeriums von jeder zufälligen Kammermehrheit ein Ende machte, könne auf Erfolg rechnen. Ob in der Weigerung des jungen Königs, das Kabinett Zanardelli nur deshalb zu entlassen, weil die Wahl des Präsidenten der Deputiertenkammer nicht ganz seinen Wünschen entsprach, der Anfang zu einer solchen monarchischen Politik zu erkennen ist, läßt sich noch nicht sagen. Jedenfalls ist alle Welt, auch in der Kammer darüber einig, daß dem Süden geholfen werden müsse, wenn die schwer errungne nationale Einheit nicht Schaden nehmen soll. Nur über die Mittel gehn die Meinungen immer noch weit auseinander. Die einen fordern neue Eisenbahnen, die andern günstige Handelsverträge zu Gunsten der Ausfuhr süditalienischer Bodenprodukte, die dritten Herabsetzung der Steuern, noch andre Förderung der Industrie u. s. f.

Ferraris, einer der einsichtigsten und entschiedensten Verfechter einer kräftigen Sozialreform, ein genauer Kenner der einschlagenden deutschen Verhältnisse und ein scharfer Gegner der Mißbräuche des parlamentarischen Parteilageriments, unterzieht in eingehenden Darlegungen über die Agrarreform (*Il riscatto economico del Mezzogiorno*, N. Antol. 1. April 1902; *Il credito agrario in Sicilia*, Heft vom 16. Februar 1902; vgl. die frühern Abhandlungen: *Politica di lavoro* und *Di una riforma agraria* in den Nummern vom 16. Juni 1898 und vom 16. November 1899) zunächst alle diese verschiedenen Verbesserungsvorschläge einer gründlichen Prüfung. Er verwirft sie zwar keineswegs, erklärt sie aber, jede für sich betrachtet, als ungenügend. Eine Eisenbahn bringt allerdings, so lange sie gebaut wird, Geld ins Land. Ist sie aber fertig, so ziehn die Arbeiter größtenteils wieder weg, und die Geschäfte, die von ihnen verdient haben, verlieren diesen Verdienst. Wohl aber dringen auswärtige Industrieerzeugnisse auf den Eisenbahnen ein, die dem alten Hausgewerbe verderblich werden, und die wohlhabenden Leute benützen sie, um wenigstens den Winter in größern Städten zuzubringen. Ohne besonders gut verwertbare Naturschätze und ohne gleichzeitige Steigerung der wirtschaftlichen Kraft des Landes wirken Eisenbahnen wie Kanäle ohne Wasser; notwendiger als neue große Linien sind für Süditalien billige Sekundärbahnen und fahrbare Straßen, die die abgelegnen Orte mit der Welt in bequeme Verbindung setzen, denn wer solche einsame Fesselnester im Innern nicht gesehen hat, macht sich keine Vorstellung von ihrer Verlassenheit. Für die Begründung einer großen Industrie fehlt dem Süden jetzt noch alles: billiges Kapital, Unternehmungsgeist, geschulte Arbeiter, kaufkräftige Märkte, Kohlen und Eisen. Auch die Zollpolitik wird für den Süden unmittelbar wenig leisten können, denn Italien wird froh sein müssen, wenn es die Bedingungen der ablaufenden Handelsverträge wieder erhält, und Steuererleichterungen sind zwar nötig, aber nur mit großer Vorsicht durchzuführen, weil die Sozialreform dem Staate viel Geld kosten wird. Wenn man eine kräftige Förderung des Unterrichts verlangt, so ist das berechtigt, aber notwendig ist vor allem die Ausdehnung des Elementarschulwesens und des gewerblichen Unterrichts, nicht

des Mittelschulwesens auf klassischer Grundlage, weil sich durch dieses „die Mittelklassen in eine Schar von Advokaten, Ärzten, überhaupt von studierten Leuten weit über das Bedürfnis hinaus verwandeln.“

Also kann nur eine energische und umsichtige Agrarpolitik helfen, die die landwirtschaftliche Produktion und damit den Wohlstand vermehrt. Dafür giebt es drei Hauptmittel: Kapital, Assoziation und Unterricht. Das Kapital muß der Landwirtschaft zu niedrigem Zinsfuß und so zugeführt werden, daß es auch für den einfachen Landmann leicht erreichbar ist und ihn der traurigen Notwendigkeit überhebt, sich an Bucherer zu wenden. Eben die Organisation dieses landwirtschaftlichen Kredits ist jetzt im ganzen Süden noch höchst mangelhaft. Auf Sizilien z. B. giebt es (30. Juni 1901) nur 122 Kreditinstitute überhaupt, die sich obendrein sehr ungleich verteilen, meist mit ländlichen Verhältnissen gar nicht abgeben und auch vielfach über viel zu geringe Mittel verfügen (von den 51 Volksbanken — banche popolari — haben nur 5 über eine Million Kapital, von den 49 ländlichen Darlehnskassen nur wenige bis gegen 100 000 Lire). Ferraris will nun für die 357 Gemeinden der Insel (unter denen man bekanntlich in ganz Italien nur eine Stadt mit den ihr administrativ zugeteilten Flecken und Dörfern, das comune, versteht) mindestens ebensoviele landwirtschaftliche Kreditinstitute errichtet wissen und ebenso auf dem Festlande verfahren. Dafür nimmt er vor allem die Postanstalten in Anspruch, deren es jetzt in jedem Comune wenigstens eine giebt, und die seit 1874 mit Postsparkassen verbunden sind; er schlägt aber auch die Bildung von landwirtschaftlichen Genossenschaften in jedem Gerichtsbezirk (unioni mandamentali) vor, die wieder in einer Unione regionale für jede „Region“, d. h. für jede der 16 statistischen Provinzen ihre landschaftliche Spitze finden und in einer Unione nazionale in Rom gipfeln sollen. Für den Anfang müßte das nötige Betriebskapital — für Sizilien 8 Millionen, für ganz Italien 100 Millionen Lire — als quota intangibile der Depositen- und Darlehnskasse (Cassa depositi e prestati del Regno) entnommen werden, zu dem dann die Banken und Sparkassen der Region beisteuern würden. So würde jeder, auch der kleinste Bauer sofort billigen Kredit (zu 5 Prozent) nach Maßgabe seiner Steuerkraft finden, und allmählich würden die Kapitalien des wohlhabenden Nordens dem armen Süden zu Hilfe kommen, da sich dessen Kreditfähigkeit steigern würde. Dazutreten müßte in nicht zu langer Zeit eine Regulierung der Hypothekenschulden mit Herabsetzung des Zinsfußes.

Überall müssen sich ferner landwirtschaftliche Genossenschaften bilden für den gemeinsamen Einkauf landwirtschaftlicher Bedürfnisse, den gemeinsamen Verkauf der Erzeugnisse, Errichtung gemeinsamer Kornhäuser, Versicherung gegen Wetterschäden, Viehseuchen u. s. f., die den Bauern aus seiner Vereinsamung herausreißen, ihm die Produktion erleichtern, die Verwertung ohne überflüssigen, seine Preise drückenden Zwischenhandel vermitteln.

Bei seiner Unwissenheit und Hilflosigkeit ist es aber ebenso nötig, ihn mit den Methoden einer fortgeschrittenen Wirtschaftsweise vertraut zu machen. Dazu dienen nicht nur die landwirtschaftlichen Schulen, die immer nur sehr wenige besuchen können, sondern im Süden vor allem die Wanderlehrer, die

ihre *cattedre ambulanti* in jeder Gemeinde aufschlagen, die Leute, auf die sie wirken wollen, also auffuchen und die Fragen ganz praktisch behandeln. Es ist ein glücklicher Gedanke G. Vaccellis, auch die Volksschullehrer, namentlich auf dem Lande, für den Landbau zu erziehen, damit sie auch hierin als Lehrer und Vorbilder auftreten können.

Nur mit solchen mannigfachen Mitteln wird es gelingen, den im ganzen veralteten Wirtschaftsbetrieb des Südens zu verbessern und die Produktion zu steigern. Die Dreifelderwirtschaft muß sich in die Fruchtwechselwirtschaft verwandeln, an Stelle des alten Pflugs muß der tiefgreifende moderne (d. h. nordeuropäische) treten, die schwachen, weil schlecht genährten, Zugtiere müssen durch kräftige ersetzt werden, ausgewählte Sämereien und künstliche Düngung müssen hinzukommen, und landwirtschaftliche Maschinen, wie sie in Norditalien schon längst in Gebrauch sind, müssen die Arbeiten übernehmen, die mit Menschenkraft teurer und unvollkommener geleistet werden. So sieht Ferraris eine glücklichere Zukunft voraus, in der Sizilien wieder die Kornkammer Italiens werden wird, die es im Altertum jahrhundertlang gewesen ist, und wo Stalien von dem schweren Tribut erlöst sein wird, den es jetzt für Getreide an das Ausland zahlt.

Es kann auffallen, daß unter den Heilmitteln, die Ferraris vorschlägt, eins nicht ist, das man vor allem in Deutschland für das wichtigste hält und P. D. Fischer auch in der zweiten, mannigfach vermehrten Auflage seines vorzüglichen und von den Italienern selbst sehr geschätzten Buches „Stalien und die Staliener“ (1901) nachdrücklich vertritt (S. 238 f.), eine bessere Bodenverteilung, die Gründung freier Bauernstellen, die bisher auch bei großen, vom Staate oder von Privatgesellschaften durchgeführten Meliorationen, geschweige denn bei dem überhasteten Verkauf der eingezogenen Kirchengüter, nicht versucht worden ist. Aber vielleicht ist das nur eine vorsichtige taktische Zurückhaltung, denn ohne die Beihilfe der großen Grundherren können die geplanten Reformen gar nicht durchgeführt werden, es wäre also sehr unvorsichtig, sie jetzt durch Pläne zu reizen, die nur auf ihre Kosten verwirklicht werden könnten, wie sie wenigstens argwöhnen würden. Vielleicht werden sie aber allmählich selbst so klug, ihre oft so extensive Latifundienwirtschaft allmählich in intensiveren Betrieb zu verwandeln und Bauernstellen auf Halbpacht (*mezzadria*) oder in irgend welchem Zinsverhältnis zu errichten. Dazu bietet sich jetzt wieder eine großartige Gelegenheit, denn soeben verhandelt eine kapitalkräftige deutsche Gesellschaft unter dem Major von Donat mit dem Herzog von Sermoneta, dem Fürsten Borghese und dem Marchese Ferrainoli über die Pachtung von 20 000 Hektaren in den pontinischen Sümpfen auf dreißig Jahre, um sie durch Entwässerung in fruchtbares Ackerland zu verwandeln, und hat zu demselben Zwecke schon von der Gemeinde Terracina 2500 Hektar in Pacht genommen, die in zehn Jahren kultiviert sein sollen.

Der Gesetzentwurf von Ferraris hat die *Via crucis* durch das italienische Parlament angetreten und ist, nachdem er von der Kommission durchberaten worden, am 21. Dezember v. J. der Kammer vorgelegt worden. Sein Urheber hofft, daß er noch in der jetzigen Tagung angenommen werde und schon

im nächsten Herbst seine Wirkungen äußern könne. Wir Deutschen haben alle Ursache, nicht mit der bei uns leider so vielfach üblichen Geringschätzung, mit der wir gern auf das, was südeuropäische Völker leisten, herabsehen und uns bei ihnen unbeliebt, ja verhaßt machen, diese Bestrebungen zu begleiten, sondern sie mit Sympathie und Hoffnung zu verfolgen. Die Erneuerung des Dreibundes scheint nach den Besprechungen des Grafen Bülow mit Prinetti in Venedig und mit Graf Goluchowski in Wien gesichert zu sein, aber ein wirklich wertvoller Bundesgenosse kann für uns nur ein wirtschaftlich und militärisch starkes Italien sein.

\*



## Österreichs Arbeit in Bosnien und der Herzegowina

**A**uf Grund von Treubers vortrefflicher Biographie des Herzogs Wilhelm von Württemberg, des ersten Organizers in den 1878 von Österreich-Ungarn besetzten, staatsrechtlich noch heute türkischen Gebieten Bosnien und der Herzegowina, ist in den Grenzboten (1901, Heft 22) auf die Fehler hingewiesen worden, die Österreich hier im Anfang machte; der Hauptfehler war, daß es sich allzusehr von fiskalischen Grundsätzen leiten ließ und größere Aufwendungen vermeiden wollte, die bei der Verwahrlosung und Zurückgebliebenheit dieser Lande geboten waren, und daß es ferner einen freien Bauernstand zu schaffen unterließ, in ziemlich roher Weise die frühere Hörigkeit eines großen Teils der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der sogenannten Kmeten, beseitigte und die Kmeten in Pächter verwandelte, wobei sich deren rechtliche und wirtschaftliche Lage verschlimmerte. Insbesondere ist sodann an der Hand des im Frühjahr 1901 erschienenen Buches von Nikaschinowitsch darauf hingewiesen worden, wie die gegen Österreich feindselige Strömung auf der Balkanhalbinsel und die Bestrebungen, die slawische Bevölkerung unter russische Führung zu bringen, neue Kraft dadurch gewonnen haben, daß Österreich seine Kulturmission in den Okkupationsgebieten nicht besser und rascher durchgeführt hat. Wenn aber Nikaschinowitsch glaubt, daß von der Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina herausgegebene Werk: „Die Landwirtschaft in Bosnien und der Herzegowina“ (Mit 21 Kartogrammen, 14 Diagrammen und 20 Bildertafeln. Sarajevo, Landesdruckerei, 1899) mit einer leichten Handbewegung abthun zu dürfen, so schadet er sich und seinen südslawischen Brüdern damit nur selbst. Sieht man von dem Fehler zu großer Breite und mehrfacher Wiederholung, sowie davon ab, daß diese amtliche Veröffentlichung kein Budget über die in der Landwirtschaft gemachten jährlichen und Gesamtaufwendungen aufstellt, so wird man dieser genauen und übersichtlichen, dabei hervorragend ausgestatteten Arbeit nur Dank wissen. Und nachdem darauf hingewiesen worden ist, daß der wichtigste Teil von Österreichs Kulturmission in Bosnien und der Herzegowina, die volle Befreiung